TELEPOLIS

Der demokratische Staat ist ein macht- und geldgieriges Monstrum

Wolfgang J. Koschnick *31.03.2014*

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 18

Der demokratische Staat ist ein Leviathan. Die Politiker maximieren ihre Macht mit der Menge des Gelds, das sie ihren Steuerbürgern abknöpfen, und müssen mit demselben Geld wieder die Gruppen umwerben, die ihre Wiederwahl sichern. So schaffen sie ständig neue Schlupflöcher und erhöhen Steuern, um die daraus entstehenden Finanzlöcher zu stopfen. Ein Teufelskreis und darüber hinaus der nackte ökonomische Irrsinn.

Teil 17: Das Urelend der entwickelten Demokratien: Die totale Staatsverschuldung[1]

Wenn das Wirtschaftswachstum langsamer als die jährliche Nettoneuverschuldung steigt und die über Jahrzehnte akkumulierten Staatsschulden nicht getilgt werden, hat das dramatische Folgen für eine Volkswirtschaft, von denen die meisten in Deutschland auch längst, mit unterschiedlicher Intensität, eingetreten sind.



- Die öffentlichen Haushalte sind so stark mit immer höheren Zinszahlungen in Anspruch genommen, dass sie ihre öffentlichen Aufgaben nicht mehr erfüllen können, weil das Geld dafür fehlt. Bildung, Verkehrswesen, Straßenbau, öffentliche Einrichtungen geraten ins Hintertreffen wegen des Zinsdienstes und der stets steigenden Zinszahlungen.
- Damit der Staat seiner Pflicht zur Zahlung von Zinsen und zur Tilgung seiner Schulden nachkommen kann, müssen die Steuerzahler anteilig an ihrem Gesamteinkommen immer mehr Steuern zahlen. Private Investitionen und privater Konsum gehen wegen der immer höheren Steuern zurück. Politiker klagen öfter mal über die schwache Binnenkonjunktur in Deutschland und tun dabei so, als seien sie nicht selbst einer ihrer Hauptverursacher. Der Staat muss investieren und konsumieren und dafür neue Staatsschulden aufnehmen. Die Eigendynamik der Staatsverschuldung setzt eine unselige Spirale in Gang, die sich immer schneller dreht.

- Durch den immer größer werdenden Zinseszinseffekt bei der Umschichtung von wachsenden Staatsschulden über Bundesschatzbriefe und andere Finanzinstrumente werden die Staatsschulden nicht mehr getilgt. Die Eigendynamik der Staatsverschuldung ist ein Teufelskreis, aus dem es so gut wie kein Entrinnen gibt.
- Die hohe Nachfrage des Staats nach Geld führt zu steigenden Zinsen auf dem Kapitalmarkt und zu höheren Finanzierungskosten der Unternehmen. Auch für Unternehmen werden Kredite teurer, Investitionen unterbleiben, ihre Wettbewerbsfähigkeit sinkt ebenso wie das Wirtschaftswachstum.



"Spiralwirkung". Die Grafik zeigt, dass der Zinseszinseffekt die Spirale immer schneller drehen lässt. Eine Konsolidierung der Staatsschulden ist daher eine nahezu unlösbare Aufgabe. Quelle: "Staatsverschuldung" von Thomas Kraus, Evelyn Schöppe, Eva Spohr, Universität Kassel, VWL III

An dieser Grundtendenz ändert sich erst einmal gar nichts, wenn - wie in Deutschland geschehen - die Staatsschulden tatsächlich einmal vorübergehend sinken. 2013 sank die Verschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden um 44 Milliarden Euro. Es dürfte sich auch für das Gesamtjahr ein Rückgang ergeben.

Das ändert allerdings nichts daran, dass der Hang zur Aufnahme hoher Staatsschulden eine säkulare Tendenz ist, die fast allen entwickelten Demokratien seit gut einem halben Jahrhundert immanent ist. Da macht es kaum etwas aus, wenn mal ein gutes Jahr für etwas optimistische Stimmung sorgt, zumal die frohe Aufbruchstimmung schon recht bald auch wieder eine wachsende Ausgabenfreudigkeit nach sich ziehen wird. Das wird bereits nach nur 100 Tagen große Koalition an deren Rentenplänen und ihren Plänen zur Stützung der Versicherungsunternehmen klar; denn mit ihren Rentengeschenken und heimlichen Steuererhöhungen schröpft die große Koalition die Bürger wie kaum eine Regierung zuvor.

Bis 2017 wird die Last um rund hundert Milliarden Euro wachsen. Ausgerechnet Union und SPD setzen zu einer hemmungslosen Plünderung ihrer Klienteles an. Um die Koalitionsabsprachen bezahlen zu können, wird die Steuer- und Abgabenlast der Beschäftigten steigen wie unter kaum einer anderen Regierung zuvor.

Die Verbesserungen für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, und die Rente mit 63 sollen, zusammen mit einer verbesserten Erwerbsminderungsrente, bis zum Ende des Jahrzehnts 60 Milliarden Euro kosten.

Die Demokratie schafft Krisen am laufenden Band, die sie anschließend nicht mehr lösen kann

Dabei vergessen auch sehr kritische Beobachter leicht, dass jeder Aspekt dieser mannigfachen Krisen von demokratischen Politikern erzeugt wurde. Nicht ein bisschen mitverursacht, sondern allein von ihnen verursacht.

Es wird immer viel darüber diskutiert, dass es gute und schlechte Staatsanleihen gibt und dass die Märkte voll von schlechten Staatsanleihen sind. Doch die Staatsanleihen an sich sind überhaupt nicht das Problem.

Wären die demokratischen Staaten nicht durchweg über alle Maßen verschuldet, hätten die Staatsanleihen auf den Finanzmärkten überhaupt nicht das Gewicht, das sie heute haben.

Staatsanleihen sind ja keine neue Erfindung. Es gab sie schon immer. Früher nannte man sie öfter Staatsobligationen. Sie sind kurz-, mittel- oder langfristige Anleihen (Schuldverschreibungen), die von der öffentlichen Hand und anderen staatlichen Körperschaften ausgegeben werden.

Früher galten Staatsanleihen als besonders sichere Geldanlagen; sie warfen keine großartigen Gewinne ab, aber bei ihnen war das angelegte Geld wenigstens sicher, weil Staaten - so dachte man damals - nicht Pleite gehen können. Heute schwebt der Pleitegeier über sehr vielen Staaten, und viele Staatsanleihen sind nichts mehr wert. Die Politik hat ganze Märkte ruiniert.

Aber die Märkte sind voll von Staatsanleihen, und die Finanzwirtschaft hat dadurch inzwischen ein deutliches Übergewicht über die Politik bekommen. Die Folge: Jetzt klagen die Politiker lauthals über die außer Rand und Band geratenen Finanzmärkte mit ihren Ratingagenturen.

Der Zauberlehrling in Johann Wolfgang von Goethes Ballade wenigstens wusste: "Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los." Die demokratischen Politiker sind ein gutes Stück tumber. Sie wissen nicht einmal, woher das Elend überhaupt kommt…

Denn niemand weist mehr darauf hin: Hätten die demokratischen Systeme nicht die Verschuldung der Staaten in diese schwindelnden Höhen katapultiert, gäbe es das Problem gar nicht.

Dann würden Ratingagenturen weithin unbeachtet die Bonität von Unternehmen und das Risiko von Kapitalanlagen bewerten. Für Staaten würden ihre Bewertungen kaum eine Rolle spielen. Erst die von der Politik zu verantwortende Verschuldung der demokratischen Staaten hat die Rolle der Ratingagenturen über alle Maßen aufgewertet.

Derzeit unternimmt die Politik möglicherweise Versuche, die Finanzmärkte zu regulieren. Wahrscheinlich schwafelt sie auch nur darüber in Talkshows und anderen publikumswirksamen Veranstaltungen und macht am Ende nichts. Dabei hätten die Politiker nur einige Jahrzehnte zuvor sich selbst "regulieren" müssen…

Ökonomischer Unfug in Hochpotenz

Finanzwirtschaftlich ist die Staatsverschuldung in der in den Demokratien bestehenden Höhe ökonomischer Unfug in Hochpotenz.

> Der Widerspruch zwischen den kurzfristigen Anreizen der repräsentativen Demokratie und den langfristigen Erfordernissen der öffentlichen Finanzwirtschaft scheint ein Politikversagen auszulösen, in dessen Schlepptau sich die öffentlichen Schulden in einem bisher nicht gekannten Ausmaß aufgetürmt haben.
>
> **Robert K. von Weizsäcker**[1]

In den repräsentativen Demokratien sind zwei Dinge über Jahrzehnte hinweg unaufhörlich gestiegen: die *merklichen Subventionen an Unternehmen, direkte Transfers an private Haushalte und die unmerklichen Einnahmen* (indirekte Steuern und eben die Staatsverschuldung).

Die Unterscheidung zwischen merklichen und unmerklichen Ausgaben geht auf den Münchner Finanzwissenschaftler Robert K. von Weizsäcker zurück. Sie wirft ein grelles Schlaglicht auf die miesen Tricks der demokratischen Politiker bei der Verschleierung ihrer gezielten und sehr raffiniert ausgedachten Geldverschwendung.

Die Sache ist einfach: Merklich sind Subventionen und Transferzahlungen, die alle Betroffenen sofort spüren, wie beispielsweise das Elterngeld. Das merkt jeder sofort, wenn das Geld bei ihm eintrifft.

Unmerklich sind alle Staatseinnahmen wie zum Beispiel Steuern auf Lebensmittel oder eine vermehrte Kreditaufnahme. Davon merken diejenigen, die das am Ende bezahlen müssen, zunächst einmal gar nichts. Und genau deshalb wachsen die Subventionen und Transferzahlungen besonders vor Wahlen stets deutlich an, während die unmerklichen Ausgaben wie indirekte Steuern und Neuverschuldung zunehmen.

Heimliche Belastungen der Bevölkerung als Politik

Und da wird mit einem Schlag deutlich, dass die politischen Parteien und die demokratisch gewählten Regierungen sich gegen die Bevölkerung regelrecht verschworen haben: Anders ist es nicht zu erklären, dass die *merklichen Ausgaben* über Jahrzehnte hinweg ständig wachsen, weil die politischen Parteien Wahlen gewinnen müssen und dies mit *unmerklichen Einnahmearten* - vorzugsweise der Staatsverschuldung - finanzieren.

Es ist nackter, unverhohlener Machtmissbrauch zum eigenen Nutzen der politischen Parteien und zum Schaden und auf Kosten der gesamten Bevölkerung.

> "Die öffentliche Kreditaufnahme wurde auf diese Weise als Spezialfall der unmerklichen Besteuerung zu Zwecken des politischen Machterhalts missbraucht. Hierbei nutzte die jeweilige Regierung neben dem Umstand unvollständiger und asymmetrischer Information einen Aspekt der Staatsverschuldung besonders nachdrücklich aus: den der Lastenverschiebung. Denn mit Hilfe der öffentlichen Kreditaufnahme können die Staatsausgaben heute erhöht, gleichzeitig aber die Kosten der zusätzlichen Wohltaten jenen zugeschoben werden, die für die heutige Regierung als Wähler keine Rolle spielen. Denn diejenigen, die die Zins- und Tilgungslasten der gegenwärtigen Schuldenpolitik schließlich zu tragen haben, sind heute zum Teil noch gar nicht geboren."

Robert K. von Weizsäcker: Repräsentative Demokratie und öffentliche Verschuldung: Ein strategischesVerhängnis[2]

In die gleiche Richtung schamloser Trickserei weisen die Befunde des Berliner Wirtschaftswissenschaftlers Gerrit Köster, der in seiner Dissertation konstatierte, dass die Finanzminister zwischen 1964 und 2004 sämtliche Steuerentlastungen so hinbogen, dass sie in Wahljahren wirksam wurden. Da erfreuten sie die Herzen der Wähler, und die Politiker zeigten zugleich einmal mehr, wie zutiefst gleichgültig ihnen das allgemeine Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger ist.

Durch ihr Handeln des kurzen Atems stiftet die demokratische Politik nicht nur einfachen Murks. Das wäre ja noch irgendwie ganz rührend. Irren ist ja menschlich, Murksen auch.

Sie fügt der Bevölkerung ganz gezielt, wohl überlegt und hinterhältig kalkuliert wirtschaftlichen Schaden in Milliardenhöhe zu. Sie hat schon jetzt ganze Länder an den Rand des Ruins getrieben und wird sie wohl auch endgültig in den Ruin treiben, wenn niemand sie daran hindert.

Möglich, dass manche politischen Repräsentanten subjektiv immer noch glauben, sie seien Verfechter des Gemeinwohls und stünden in dessen Dienst. Objektiv schaden sie der Bevölkerung und nehmen keinerlei Rücksicht auf deren Interessen und Bedürfnisse. Sie wissen sehr genau, mit wessen Geldern sie den eigenen Nutzen mehren können. Sie sind Parasiten des Volks, das sie angeblich so prächtig repräsentieren und so rechtschaffen vertreten.

Staatsschulden sind das fundamentale Strukturproblem der Demokratien

Das zeigt sich nicht nur an der absolut verantwortungslosen Staatsverschuldung auf allen politischen Ebenen und in (fast) allen entwickelten Demokratien. Die demokratisch gewählten Politiker sind für ihre Länder längst zu den größten Schadenstiftern geworden. Nicht weil sie schlechte Charaktere sind. Das steht überhaupt nicht zur Debatte.

Es ist ein fundamentales Strukturproblem repräsentativer Demokratien. Das System der repräsentativen Demokratie lädt sie ein, Probleme jedweder Art auf dem Rücken der Bevölkerung auszutragen. Also tun sie es. So geht es ihnen gut, solange die Bevölkerung das mit sich machen lässt. Und die lässt… leider.

Eine plausible Erklärung für die ständig steigende Staatsverschuldung in Demokratien stammt von den beiden amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlern Gordon Tullock und James Buchanan. Beide haben in den frühen 1960er Jahren die ökonomische Analyse der Politik und der Bürokratie entwickelt. Buchanan erhielt dafür den Nobelpreis für Wirtschaft.

Die grundlegenden Annahmen der ökonomischen Theorien der Politik sind ebenso wie die der allgemeinen ökonomischen Theorie Annahmen über individuelles Verhalten. Sie gehen davon aus, dass Individuen in einer gegebenen Situation immer diejenige Verhaltensalternative wählen, von der sie den größten Nutzen erwarten, oder die bei nicht unterscheidbarem Nutzen mit den geringsten Kosten verbunden ist.

Zentrales Axiom der Public-Choice-Theorie ist das Rationalitätsprinzip - genau wie in der klassischen ökonomischen Theorie. Der "homo politicus" verhält sich also im Prinzip genauso wie der "homo oeconomicus".

Der "homo politicus" mehrt vor allem seinen eigenen Nutzen

Der Theorie liegt die Erkenntnis zu Grunde, dass auch ein Politiker, ebenso wie jeder andere Mensch, seinen eigenen Nutzen zu maximieren versucht. "Erwarten Sie von Politikern einfach nicht, dass sie sich anders verhalten, als es ihren Interessen entspricht", sagt[3] Buchanan.

In der Politik und in der Bürokratie besteht der Nutzen indes nicht in Geld, sondern in Macht, Wiederwahl, Medienapplaus, Pfründen, Privilegien, der Zahl der Untergebenen und höherem Budget.

Weil der Staat weniger effizient ist als die Privatwirtschaft, halten Buchanan und Tullock Staatsversagen für ein wesentlich größeres Problem als Marktversagen.

Die Logik der Politik führt zu immer höheren Staatsausgaben. Vom Ziel der Wiederwahl getrieben, blähen die politischen Akteure die Staatshaushalte immer weiter auf. Politiker sind machtfixiert und nur an ihren Eigeninteressen orientiert. Um gewählt zu werden, verteilen sie geradezu wahllos Steuergeschenke.

Auch Milton Friedman, seinerseits Nobelpreisträger für Wirtschaft, formulierte einst[1]:

> Den Regierungen ist jede Entschuldigung recht, um neues Geld auszugeben. Geldausgeben ist das Lebenselixier von Politikern. Und zugleich die Grundlage ihrer Macht. Der einzige Weg, das Verhalten von Politikern zu verändern, ist es, ihnen das Geld wegzunehmen.

Doch selbst leere Kassen halten sie davon nicht ab.

Die Public-Choice-Theorie sieht das Entscheidungsverhalten von Politikern und Beamten als das Produkt einer Summe von nutzenmaximierenden Individuen. Beamten versuchen, ihr Budget, Politiker ihre Wählerstimmen zu maximieren, um bei der nächsten Wahl wiedergewählt zu werden.

Für die Beamten steht nicht die effiziente Versorgung des Bürgers mit öffentlichen Gütern und Leistungen im Vordergrund, sondern ein möglichst hoher Output. Nur so können sie das Budget maximieren, um dann persönliche Ziele wie Macht, Einkommen, Prestige und Aufstiegschancen zu erreichen. Gelingt es den Beamten dagegen, durch die Optimierung von Organisationsstrukturen oder Arbeitsprozessen Einsparungen zu erzielen, müssen sie in der nächsten Planperiode mit einem kleineren Budget auskommen. Also lassen sie lieber die Finger davon.

Die gleichen Bedingungen gelten für das Verhalten der Politiker, da die Bürger hohe Informations- und Kontrollkosten in Kauf nehmen müssten, falls sie die Politiker kontrollieren wollten. Die Politiker nutzen daher den sich auf Grund fehlender Kontrolle ergebenden Handlungsspielraum aus, um ihre eigenen Interessen zu verfolgen und so ihren persönlichen Nutzen zu maximieren.

In Buchanans Welt ist der demokratische Staat ein Leviathan: ein macht- und geldgieriges, nimmersattes Monstrum. Die Politiker maximieren ihre Macht mit der Menge des Gelds, das sie ihren Steuerbürgern abknöpfen, und müssen zugleich jene Gruppen umwerben, die ihre Wiederwahl sichern. So schaffen sie ständig neue Schlupflöcher und erhöhen anderswo die Steuern, um die daraus entstehenden Finanzlöcher zu stopfen. Ein Teufelskreis.

In der demokratischen Politik sind Defizite die Regel

In der Diskussion mit der haushaltspolitischen Theorie des Keynesianismus, wonach der Staat regelnd in den instabilen Wirtschaftskreislauf eingreifen und durch Haushaltsüberschüsse und -defizite Schwankungen in der privaten Wirtschaft kompensieren soll, kritisiert[4] Buchanan, dass John Maynard Keynes irrigerweise annahm, das politische Überleben von Amtsinhabern werde entweder durch diese Vorgehensweise gestärkt oder aber die Herrschenden hätten kein Interesse an ihrem eigenen politischen Erfolg:

> Der Schlüssel zum ‚public choice' ist praktische Vernunft. Und die praktische Vernunft sagt uns, dass ein Politiker so ziemlich wie wir alle ist. Ein Politiker, der sich um ein öffentliches Amt bemüht oder im Amt zu bleiben versucht, ist verantwortlich gegenüber seinen Wählern, und sollte das auch sein. Er möchte wieder vor seine Wähler treten und ihnen erklären, dass er entweder ihre Steuern gesenkt oder ihnen sonst irgendwelche Vorteile erkämpft hat. Wenn man das in die Politik überträgt, dann hat man eine natürliche Neigung, Defizite zu schaffen.
>
> **James Buchanan**

Defizite sind also die Regel, während es politisch nur schwer durchzusetzen ist, in wirtschaftlichen Wachstumszeiten einen Haushaltsüberschuss zu schaffen. Dass dies keine haltlose Übertreibung ist, sondern eine adäquate Beschreibung der Wirklichkeit, zeigt die Politik aller entwickelten Demokratien in der ganzen Welt.

Während der Käufer in der freien Marktwirtschaft einigermaßen genau weiß, worauf er sich durch seinen Kauf einlässt oder was er sich anschafft, "kauft" sich im Gegensatz der Kunde im politischen Wettbewerb durch seine Wahl einen Service von einem Politiker, der gegenüber dem Kunden kaum Rechenschaft schuldig ist und dem er ein weitaus höheres Ausmaß an Entscheidungsfreiheit einräumen muss.

> Politiker haften nun einmal nicht für ihre Versprechungen und Zusagen wie private Verkäufer.
>
> **James Buchanan**[2]

Deshalb ist der politische dem marktwirtschaftlichen Wettbewerb hoffnungslos unterlegen. Tatsächlich ist die ständig wachsende Staatsverschuldung ein Systemproblem, das auch nicht aus der Welt zu schaffen ist, wenn sich die Politiker auf einem europäischen Gipfeltreffen nach dem anderen vornehmen: "Wir müssen den Gürtel enger schnallen."

Gute Absichten nützen überhaupt nichts

Der Kern des Problems besteht ja darin, dass das politische System den Parteipolitikern vielfältige Anreize bietet, besonders hohe Ausgaben durchzusetzen. Auch wenn sie grundsätzlich verstanden haben, dass eine überhöhte Staatsverschuldung ein schier unlösbares Problem darstellt, ist kurzfristig eine weitere Verschuldung für sie immer noch das kleinere Übel. Die große Koalition in Berlin demonstriert das aktuell auf eindrucksvolle Weise.

Mehr als deutlich zeigt sich das auch am Beispiel Barack Obamas in den USA. Er hatte die allerbesten Absichten, als er sein Amt antrat. In seiner Antrittsrede hatte er versprochen, er werde die Zahl der damals 11 Millionen Arbeitslosen senken. Doch Anfang 2012 waren es bereits drei Millionen mehr: 14 Millionen. Anfang 2014 sind es mit 10,5 Millionen Personen fast genauso viele wie bei Amtsantritt.

Von seinem Vorgänger erbte Obama eine Staatsverschuldung von 11 Billionen Dollar. Doch keine vier Jahre später, Anfang 2012, lag sie bereits bei 15 Billionen: um vier Billionen höher. Jedes Jahr war mehr als eine Billion dazugekommen. Heute liegt sie bei 17,3 Billionen (Stand Januar 2014).

Da kann einer noch so edle Absichten haben. Das nützt überhaupt nichts; denn die Staatsverschuldung ist in allen demokratischen Staaten über viele Jahrzehnte hinweg unabhängig davon gewachsen, ob gerade ein gutherziger oder ein böswilliger, ob gerade ein linker oder ein rechter, ein liberaler oder ein konservativer, ein verschwenderischer oder ein sparsamer, ein gescheiter oder ein einfältiger Präsident oder Regierungschef regierte. Da liegt nicht der Kern des Problems.

Die Staatsverschuldung wächst unaufhörlich auf Grund systemimmanenter Zwänge und völlig unabhängig davon, wer oder was gerade regiert.

Im Frühjahr 2012 war die gesamte Weltwirtschaft mit 45 Billionen Dollar verschuldet. Die 15 am höchsten verschuldeten Länder trugen dazu knapp 35 Billionen Dollar bei. Im Frühjahr 2014 ist die Weltwirtschaft mit fast 53 Billionen Dollar verschuldet, und dieselben Länder trugen dazu über 39 Billionen bei.

Die Schuldenlast der entwickelten Demokratien wächst ohne Ende

Sie sind *ausnahmslos entwickelte repräsentative Demokratien*. Die Global Debt Clock[5] des Economist, also die Weltschuldenuhr, zeigt ein eindeutiges Bild: Als höchstverschuldet sind dort einzig und allein die entwickelten repräsentativen Demokratien tiefrot eingefärbt: Nordamerika, Westeuropa, Japan, Australien. Die übrigen 13 Billionen verteilen sich auf die verbleibenden 185 Staaten der Welt. Der Rest der Welt ist im grünen Bereich. Jeder einzelne Staat kleckert im Schnitt ein paar Euro hinzu. Nicht mehr.

Rang	Land	Verschuldung in Mrd. Dollar 2012	Verschuldung in Mrd. Dollar 2014
1.	USA	11 917	13 321
2.	Japan	11 059	12 371
3.	Deutschland	2 384	2 794
4.	Italien	2 313	2 415
5.	Frankreich	2 261	2 409
6.	Großbritannien	2 026	2 478
7.	Kanada	1 378	1 617
8.	Belgien	449	484
9.	Griechenland	395	336
10.	Singapur	230	298
11.	Portugal	191	276
12.	Irland	178	244
13.	Libanon	58	61
14.	Jamaika	19	21
15.	Island	13	15
Σ		34 871	39 140
Rest (185) Staaten		10 233	13 755
Σ		45 104	52 895

Staatsschulden weltweit Anfang 2012 und 2014;
Quelle: Global Debt Clock[1] des Economist

Die Erfahrungen aus vielen demokratischen Ländern machen in institutioneller Hinsicht mehreres deutlich:

1. "Die kurzfristige politische Opportunität setzt sich allzu häufig gegen die längerfristige Rationalität der Gesellschaft durch. Die Politiker sind in einer Konkurrenzdemokratie, die von Interessengruppen und der Logik audiovisueller Medien geprägt ist, kurzfristige Volksbeglücker. Ihre Anreizstrukturen führen zu nicht nachhaltigen und langfristig schädlichen Ergebnissen (‚nach mir die Schulden-Sintflut‘).

2. Die theoretisch und empirisch fundierten Ratschläge professioneller Ökonomen finden bei der Politischen Klasse kein Gehör, wenn sie deren eigener Opportunität nicht dienlich sind. Die Politiker können die Urteile von Experten auch dann ohne inhaltliche Begründungen ignorieren, wenn diese fachlich gleichlautend sind.

3. Die Politiker finden bei bestehenden Verschuldungsregeln, ohne die die Defizite der öffentlichen Haushalte sicher noch weit größer wären, fast immer gangbare Hintertüren, um die Restriktionen zu umgehen. Dies ist nicht verwunderlich, da sie diese erstens (ein paar Jahre früher) bewusst so formuliert haben und zweitens auch im konkreten Fall selbst über ihre Anwendbarkeit entscheiden."

Jörn Kruse: Staatsverschuldung ist ein Problem des politischen Systems.[3]

Mit anderen Worten; Die Hauptursachen der Staatsverschuldung liegen *in den fundamentalen Macht- und Anreizstrukturen des politischen Systems der repräsentativen Demokratien* begründet. Systemfehler lassen sich nicht durch gute Absichten aus der Welt schaffen. Sie gehen erst weg, wenn das System grundlegend geändert wird.

kosch.htm

Anhang

Fußnoten

1) Friedman, Milton mit Rose Friedman (1980): Chancen, die ich meine. Ein persönliches Bekenntnis. Berlin/Frankfurt/Wien (Original: Free to Choose. 1980)

2) Buchanan, James M. (1991): Constitutional Economics, Cambridge, Massachusetts, S. 96

3) In: Theurl, Theresia: Institutionelle Hintergründe von Krisen. Berlin, 2011

Links

[1] http://www.heise.de/tp/artikel/41/41313/

[1] http://www.vwl.wi.tum.de/fileadmin/w00bpu/www/publikationen/reprasentative-demokratie-und-offentliche-verschuldung-september-2012.pdf

[1] http://www.economist.com/content/global_debt_clock

[2] http://www.vwl.wi.tum.de/fileadmin/w00bpu/www/publikationen/reprasentative-demokratie-und-offentliche-verschuldung-september-2012.pdf

[3] http://www.minneapolisfed.org/publications_papers/pub_display.cfm?id=3682

[4] http://www.minneapolisfed.org/publications_papers/pub_display.cfm?id=3682&

[5] http://www.economist.com/content/global_debt_clock

Artikel URL: http://www.heise.de/tp/artikel/41/41374/
Copyright © Telepolis, Heise Zeitschriften Verlag